

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Amtsblatt des Königlichen Land- und des Königlichen Amtsgerichtes Leipzig, des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig.

Nr. 126.

Dienstag den 10. März 1903.

Anzeigen-Preis

die 6spaltige Zeitzeile 25 A. ...

Erste-Beilage ...

Annahmeschluss für Anzeigen: ...

Die Expedition ist wochentags ununterbrochen ...

Draht und Verlag von E. Vogt in Leipzig.

97. Jahrgang.

Bezugs-Preis

In der Hauptexpedition oder beim ...

Redaktion und Expedition:

Spinnstraße 8. ...

Haupt-Filiale Dresden:

Steinstraße 6. ...

Haupt-Filiale Berlin:

Carl Dunder, Bergl. Bode, ...

Politische Tageschau.

Leipzig, 10. März.

Der Sieg der preussischen Regierung.

In der gestrigen Sitzung des preussischen Abgeord-

netenhauses hat nun auch der Kultusminister Dr. Studt

Wittich über den Rückzug des Bischofs Korum ge-

sprochen, und zwar nach der „Nat.-Ztg.“ in folgender Form:

„Zu Anfang seiner Rede hat der Abg. Dr. Wittich auch die An-

gelegenheit in seiner Rede, Inzwischen ist die Besetzung

zurückgenommen worden, und ich habe somit der Heiligkeit

Einzelheiten folgende Erklärung abgegeben: Nach einem Bericht

des Regierungsrates in Trier hat die gestern in den Vor-

reden von Trier erhaltene Angelegenheit folgende Wortlaut:

„Demnach der Erklärung der Minister im Abgeordneten-

haus und nach weiteren Mitteilungen hat die Regierung

die Absicht, den Bischöfen der Katholiken in der

diejenigen Schulpflicht zu werden. Deshalb

hat der Bischof in seiner Erklärung mit dem heiligen

Water angeordnet, dass unsere Schulobligation wegen ver-

änderter Umstände als nicht geltend zu betrachten

ist. (Zitat, fort.)

Die von der Regierung in dieser Angelegenheit ergangenen

Erklärungen geben sämtlich über den Sachverhalt in

diesem hohen Hause von dem Ministerpräsidenten und

von mir abgegebenen Erklärungen nicht hinaus. Die

Regierung geht sich der Position an, dass namentlich die Er-

klärung eines solchen Verhältnisses in Trier ermög-

licht ist.“

Der sich erinnert, was Graf Bülow und Dr. Studt bei

der ersten Besprechung dieses Falles sagten, der muß er-

kennen, daß zwischen der am Sonntag in Trier von dem

Ratzen verlesenen Erklärung und der an sie geknüpften

von Kultusminister getätigten Erklärung ein Widerspruch besteht,

der vorläufig nicht zu lösen ist. Der zurückgenommene Erlass

lautet:

„Die heilige Pflicht der Eltern ist die gute Erziehung ihrer

Kinder. Die Religion muß aber die Grundlage der Erziehung

bilden. Nach wiederholten Entscheidungen der Kirche ist es kat-

ihre Töchter nicht mehr in die paritätische höhere Mädch-

schule zu schicken, sondern, also eine katholische Anstalt zu

errichten. Nach der gestrigen Erklärung des Ministers aber

hat die Regierung nicht getan, was über ihre fähig abgebenen

Erklärungen hinausginge. Und in diesen Erklärungen wurden

von dem ihr bekannt gewordenen Besonderen katholischen

Eltern in Trier nur zwei als berechtigt anerkannt: die über

die Errichtung des Unterrichts in Deutschen und in der

Geschichte lediglich durch evangelische Lehrpersonen

und die über das demutige pädagogische Lehrbuch. Beiden

Beschwerdenpunkten hat der Kultusminister, wie er

in der vorliegenden Rede besonders betont, schon

vor einem Jahre seine Aufmerksamkeit in der Ab-

sicht gefehlt, Änderungen herbeizuführen. Bisher jedoch

wurde, vermutlich wegen der durch den Bischof von Trier

gewendeten Gewandbedenken, eine katholische Lehrkraft für die

obengenannten Unterrichtsgegenstände nicht ausfindig gemacht;

in dieser Hinsicht kann auch die Regierung gar nicht ver-

sprechen; in Sachen des Verhältnisses hat sich der preussische

Kultusminister dafür ausgesprochen, daß ein Katholik „Schn-

schreiben“ die großen Nachteile entfernt werden ausdrück-

lich als Ergänzung ihrer Zeit erklärt werden sollten. Das

nun neuerdings die preussische Regierung dem Papste oder dem

Bischof nicht versprochen, was nicht im Rahmen vieler vor

Tagen abgegebenen Erklärungen liegt, was kommt der Bischof dazu,

von „veränderten Umständen“, „weiteren Mitteilungen“ zu

reden und die Meinung hervorzuheben, die Regierung sei

während, der paritätische Anstalt in Trier eine seinen

Wünschen entsprechende katholische Anstalt an die Seite zu

stellen? Der Abg. Dr. Friedberg sprach gestern die

Absicht aus, Bischof Korum habe durch die seltene Form

seiner Erklärung diesen nur verschleiern wollen. Ich

bin nicht, so ist das Wort „Verschleiern“ noch

sehr mild. Ihm wird freilich von Seiten des

Zentrums deshalb kein Vorwurf gemacht werden, während der

Regierung, wenn sie etwas verschleiern hätte, die schweigen

Bewörter nicht erspart bleiben würden. Umgekehrt darf man

also wohl annehmen, daß Herr Dr. Studt die ganze Wahr-

Unterlegen in dem taillierten braunschwarzen Kostüm

aber nicht allein der Bischof Dr. Korum, sondern auch die

Zentrumspartei und die Zentrumspresse. Die Auf-

fassung des Zentrumsvizepräsidenten Dr. Dietrich, daß der

Verstoß Korums sich ganz auf innerkirchlichen Disziplin-

gebiete beschränke, in welchem die Regierung nicht eingreifen

„dürfte“, ist durch niemand anders als durch die Kirche

als absurdum gefühlt worden. Und das Gleiche gilt

für den Zentrumsvizepräsidenten Koerer, der die Schuld

für den Trierer Schulstreit ausschließlich der Regierung zu-

wälzte. Welche Gründe die Kurie zu ihrer unerwartet

raschen nachgiebigen Entscheidung bewegen haben, wird sicher-

lich noch geraume Zeit verborgen bleiben. Jedenfalls

spricht die Vermutung dafür, daß die Ermöglichung einer Haupt-

rolle spielte, durch Korrektur einer übermäßigen Heraus-

forderung die preussische Regierung von einer Revision ihrer

Weltanschauung zur katholischen Kirche abzuhalten. In dem

Rahmen solcher allgemeinen Überlegungen gehört die Rück-

sicht auf einen einzelnen Fall, auf die von der preussischen

Regierung betrieblene Besetzung des § 2 des Jesuiten-

erlasses. Selbstverständlich werden sich die nichtpreussischen

Landesregierungen in ihrer Stellung hierzu durch das Ent-

gegenkommen des Papstes nicht beeinflussen lassen. Im

Gegenteil: Je deutlicher der Rückzug des Trierer Handels

gerichts ist, das es gerade die feste Faltung der Staatsgewalt

ist, die der Aufrechterhaltung des konfessionellen Friedens

dient, um so mehr müssen sich die Landesregierungen ein

fühlen in dem Wunsche, der Wahrung des konfessionellen

Friedens durch Festigkeit gegenüber derjenigen Landes-

genossenschaft zu dienen, die infolge ihrer sachgemässigen

Genossenschaft wieder den Protestantismus auszuheilen zum

Trierer des konfessionellen Friedens werden kann.

Im Reichstage

scheint die allgemeine Debatte über den Militäretat

nicht die vielfach geäußerte Ausdehnung nehmen zu sollen;

gleicher ist bereits das Gehalt des Kriegsministers und eine

Reihe weiterer Titel bewilligt worden. Die Debatte

brachte sich um Wiederholungen der Rede, die alljährlich

bei dieser Gelegenheit abgelesen werden. Die Reden über

das Doppelwesen, die Soldatenmoral und die zu

starke Verdrängung von Heeresangehörigen wurden mit

der bekannten, durch einige neue Fälle ergänzten Begrün-

dung momentlich vom Abgeordneten Hebel in

längerer Rede vorgetragen, nachdem schon Dr. Müller-

Reinigen in ruhigerer Form bezüglich der Be-

schwerden und Ausbildung verdrängter Reformen

vorgebracht hatte. Auch die Beschwern der Polen fehlen

nicht. Was die Duelle betrifft, so ist die Beschließung des

Kriegsministeriums erlassen, daß im letzten Jahre

zwischen aktiven Offizieren überhaupt kein Duell statt-

gefunden hat. Auf die einzelnen Fälle von Soldaten-

moral und unehrenhaftem Verhalten, die der Abg.

Hebel erwähnte, ging Herr v. Goltz in Einzelnen

nicht ein; grundsätzlich erkannte er an, daß für so schwere

Mißhandlungen, wie sie in den Beschlüssen berichtet er-

wähnt sind, keine Strafe streng genug wäre. Der Abg.

Kaunitz, der sich schon am Sonnabend eine Stunde

lang über den „Militäretat“ geäußert hatte, begann

gestern eine kritische feierliche Rede bei den letzten Wan-

deln und widerlegte sich den Anordnungen des Prä-

sidenten, der dies nicht zulassen wollte, so hartnäckig,

nungsdreie selbst aus Wort vergrößerte. Von der Rechten

traten u. a. zwei Redner für das Duell auf, die Abg.

v. Tiedemann und v. Oldenburg. Der letztere

noch das Wort ergreifend, war einigemmaßen seltsam, nachdem

die Wahlprüfungskommission seine Wahl einstimmig für

ungültig erklärt hat. Das Plenum hat zwar noch keine

Begegnung gehabt, die Ungültigkeit des Mandats auszu-

sprechen, aber der Abg. Hebel hatte nicht Unrecht, wenn

er sein Staunen darüber ausdrückte, daß unter diesen Um-

ständen Herr v. Oldenburg noch als Redner auftrat. —

Die zweite Lesung des Militäretats wird heute fortgesetzt.

Die Deutschenerfolgungen in Ungarn.

Der Abgeordnete Schneider hat kürzlich im (Ber-

reichischen Abgeordnetenhaus die Regierung wegen der

Deutschenerfolgungen in Ungarn interpelliert. Hierzu

wird uns aus Wien geschrieben: Die magyarischen

Blätter sind aber Schonerer „Dreißigter“ ganz aus

dem Dünken, und man kann bei solchen Gelegenheiten

einen Blick in jene schöne Seelen tun, die sonst gerne mit

ihrer Deutschfreundlichkeit prunken. „Subapeti Cirilo“,

das führende magyarische Blatt, regt sich besonders auf

er findet, daß die Ueberbürger Schoneners schon zu

Zeit der Reformation gegen die Magyaren

waren und daß dieselben immer mit dem deut-

lichen Kaiser gefehlt haben, wenn ihre Deere

in das Ueberbürger Fürstentum hereinbrachen; auch

im Jahre 1848 haben sie gegen ihr Vaterland gekämpft.“

So hätten sie denn jetzt, meint das Blatt, die Bundes-

genossenschaft Schonerers geschickt, obwohl es ihnen doch

in Ungarn nicht schicklich geht, denn sie haben deutsche

Zeitungen, deutsche Schulen usw. Das Blatt weiß dann

mit der obigen Entrüstung die Einmischung der

„Kremler Zeitung“ in ungarische Angelegenheiten zu

urteil. Das sind einwellige andere, und nicht gerade die

legten und kleinsten reichsdeutschen Blätter, sich mit der

Frage der Deutschenerfolgung in Ungarn eingehend be-

schäftigt haben und immerfort beschäftigen, — die Frage

wird nicht so bald von der Tagesordnung ver-

schwinden, — das brauchen die Leser des „Ueberbürger“

ja nicht zu wissen. Was die Anspielung auf die Gegen-

schaft der Ueberbürger Sachsen in der Zeit der Refor-

mation anbelangt, so ist dieselbe offenbar nur als Aus-

druck des Dantes dafür zu betrachten, daß hauptsächlich

die Einmischung der Reformation nach Ungarn vor-

bereiteten. Ihr Kampf gegen das Vaterland“ im

Feuilleton.

Miß Rachel Saltoun.

Roman von Florence Margat.

Fortsetzung.

Rachel misshandelt ihre Geliebte. Beunruhigtes Sie

sich nicht wegen des Geldes. Ich sagte Ihnen Ihr Drama,

daß ich Ihnen ein Jahr lang das volle Gehalt geben würde,

und meine Tante Lady Woodcourt wird sich dafür inter-

essieren. Ihnen sofort eine andere Zeichnung zu verschaffen.“

„D, es liegt nicht an dem Gelde, Miß Saltoun ...“

„Es liegt nicht an dem Gelde ...“ sagte die alte Frau wie

sehrlich.

„Sie sind durch meine schnelle Kündigung verletzt“, er-

widerte Rachel, „und denken wahrscheinlich, daß sie ganz

auf die geistige Meinungsverschiedenheit zwischen uns zu-

rückzuführen ist. Das ist aber nicht der Fall. Es liegt ein

anderer Grund vor; ich brauche eine lebhaftere, tätige,

kurz, eine jüngere Gesellschaft. Sie haben ein Lebensalter

und es bricht mir das Herz, wenn ich daran denke, daß ich

Sie verlassen soll.“

Wenn ihr Bedienter Miß Saltoun plötzlich erklärt

hätte, daß er sie liebe, dann hätte sie nicht mehr erkannt,

ja lieblich aussehen können. Sie erob sich mit ihrer

hohen Meinung von ihrem Eiz und blieb schweigend und

verkennt am dem Semintergespräch. Sie konnte nicht

bezeugen, wie die hässliche, dumme, alte Frau, die in die

Ärsten des Stuhles hinein schluchzte, zu dem Unterfangen

faun, sie lieb zu haben.

Rachel hatte indes doch genug Geschick, um nicht abföh-

lich unfreundlich zu werden, aber ihre Stimme lang sehr

gerungen, als sie antwortete: „Ich weiß nicht, wie-

tehn ich hieran Verantwortung setzen habe, Miß Montrie.“

„D, das kommt daher, weil ich Sie anders als die

andere ansehe, weil ich unter der Oberfläche zu sehen

weiß, daß es nur Ihr Eiz ist, der wie eine harte Kruste

über Ihrem von Natur aus warmen und gütigen Herzen

Der Eizton, von dem sie gesprochen hatten, war in

der Saison eingedrückt worden. Jeden Dienstag war

Miß Saltoun zu Hause, um ihre Freunde zu empfangen.

Bei diesen Gelegenheiten waren die Gartenanlagen und

Terrassen von Catherine beleuchtet, und der ganze untere

Stoß, der aus einer Gemäldergalerie, einem Musiksaal

und ein Musikzimmer enthielt, das in ein großes

Gewandhaus führte, war zugleich mit allen Wohn-

zimmern für die Gäste geöffnet.

Die Einladungslisten, welche für die ganze Saison

ausgegeben waren, waren eilig angenommen worden, und von allen

Zeiten kamen Blüten um weitere Einladungen für wohl-

bekannt Namen, oder die Aufforderung, Bekannte persön-

lich zu besuchen zu dürfen. Rachel sah bald, daß ihr wöh-

ntlicher Umgang Hunderte von Besuchern zählen würde,

während sie sich nur aus denen etwas machte, die sich in

Kunst oder Literatur auszeichneten. Natürlich

hätte sie auch an Mr. Salters eine Karte geschickt. Sie wollte

ihren gern bei sich haben, um seinen Rat einzubringen wegen

der Ausmalung der acht Paneele in ihrem Musik-

zimmer — das heißt, um ihn dahin zu bringen, daß er sie

selber mit seinen Phantasiegebilden ausfülle. Aber zu

ihrer Enttäuschung lehnte Mr. Salters ihre Einladung ab.

Er gab keinen Grund an, sondern schrieb nur, daß es ihm

leid wäre, daß er sie nicht annehmen könne.

Rachel lächelte sich gekränkt, war aber zu froh, dies

merken zu lassen.

„Mr. Salters sagt ab“, bemerkte sie zu Mrs. Cranley, als

sie den Umschlag geöffnet hatte. „Ich glaube, er findet es

zu weit, um abends herauszukommen.“

„Wie eine halbe Stunde Weges von der Stadt?“ rief